

## Wahlprüfstein Schulfinanzierung: Eltern haben die Wahl

Freie Schulträger kämpfen dafür, dass die Auswahl der Schule nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Kurz vor der Wahl befragte TIF darum auch die Landtagskandidaten.



Daniel Lede Abal  
Bündnis/Die Grünen



Dr. Lisa Federle  
CDU



Bernhard Strasdeit  
Die Linke



Max-Richard Freiherr von  
Rassler / FDP



Rita Haller-Haid  
SPD

Speziell vor Wahlen beschwören Politiker aller Couleur, wie wichtig ihnen das Thema Bildung sei. Davon hänge nicht nur das Schicksal Einzelner, sondern das Gesamtwohl des rohstoffarmen Standorts Deutschland ab. Doch mit der staatlichen Bildungspolitik – bezogen auf Hauptschule, Werkrealschule oder G8-Gymnasium – haben hierzulande viele Eltern große Probleme. Diejenigen, die angesichts dieser verordneten Bildungsmisere eine andere, passendere Schule für ihre Kinder suchen, wenden sich an evangelische und katholische Schulträger, an die Kolping Bildungswerke, an Waldorfschulen und andere freie Schulträger.

Etwa acht Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg, also insgesamt rund 120.000, besuchen freie Schulen. Solche Schulen arbeiten – von der staatlichen Gängelung teilweise befreit – mit anderen pädagogischen Konzepten zum Wohl der Kinder. Dies hat seinen Preis. Darum müssen freie Schulträger die Eltern in die Pflicht nehmen. Je nach deren Einkommen, Anzahl der Geschwister und Schulart bewegen sich die monatlichen Beiträge im mittleren zwei- bis dreistelligen Bereich. Einen weiteren Teil bekommen die freien Schulträger über Spenden und Eigenleistungen. Den Rest sollten das Land Baden-Württemberg und die Kommunen beisteuern. Dieser Anteil müsste laut Bruttokostenmodell (BKM) 80 Prozent der tatsächlichen Kosten betragen, die Land und Kommune für einen Schüler an einer staatlichen Schule ausgeben. Dies entspricht auch der aktuellen

Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Aber tatsächlich erhalten die freien Schulträger für ihre Grundschulen aktuell nur 67,7 Prozent und für ihre Gymnasien nur 76,9 Prozent. Tendenz seit Jahren weiter fallend.

Und das, obwohl die damaligen Fraktionsvorsitzenden Stefan Mappus (CDU) und Ulrich Noll (FDP) in ihrem Koalitionsvertrag im Jahr 2006 festgehalten haben, dass sie bis 2011 die 80-Prozent-Förderung erreichen wollen. Diese Vereinbarung hat die Koalition nicht eingehalten. Der prozentuale Finanzierungsanteil hat sich sogar Jahr für Jahr verringert. Infolgedessen fehlen den freien Schulen je nach Rechnungsart zwischen 50 und 100 Millionen Euro jährlich. Bei solchen Summen geht's eigentlich angesichts der zig Milliarden Subventionen für Banken, Automobilindustrie und andere um sprichwörtliche Peanuts. Dabei hätte Finanzminister Willi Stächele (CDU) mit jedem an freien Schulen zu 80 Prozent geförderten Schüler rund 20 Prozent plus machen können. Denn trotz abnehmender Gesamtschülerzahlen steigen an freien Schulen die Schülerzahlen. Dafür hätte Stächele dann zusätzlich noch die Langzeit-Dividende glücklicher Kinder und zufriedener Wähler bekommen.

„Unsere Schule steht allen Kindern offen – unabhängig von Religion, Nationalität oder Einkommen der Eltern. Dafür kämpfen wir“, betont Thomas Danner, Vorstandsvorsitzender der Tübinger Freie Waldorfschule und mittelständischer Unternehmer. So wie er denken fast alle freien Schulträger. Frei

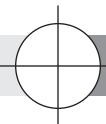
im Namen bedeutet für sie, auch frei in der Wahl der Schule zu sein. Um soziale Härten zu vermeiden, legen sich freie Schulträger mächtig ins Zeug: Sie staffeln das Schulgeld nach Elterneinkommen, gewähren Geschwisterermäßigungen oder besorgen bisweilen sogar Stipendien.

Eine weitere große Lücke klappt bei der Finanzierung der Ganztagschulen. Diese Leistungen erbringt das Land Baden-Württemberg für die staatlichen Schulen freiwillig. Doch gerade wegen der Freiwilligkeit dieser Leistung gehen die Kosten dafür nicht in das Bruttokostenmodell, also die 80 Prozent, ein. Im Klartext heißt dies, dass freie Schulträger beim Ausbau der politisch gewünschten Ganztagschule leer ausgehen. Ähnliches geschieht auf kommunaler Ebene bei den Kosten für Nachhilfeleistungen oder der Förderung von Schulsozialarbeitern und -psychologen.

Und beim Bau einer Sporthalle kommen freie Schulträger erst in 100 Jahren dran. Denn der Landes-Etat für die Förderung des Sportstättenbaues für alle freien Schulträger zusammen beträgt pro Jahr gerade mal 102.300 Euro.

Etlche Antworten auf die Fragen der Redaktion auf der nächsten Seite zeigen, dass sich viele lokale Landtagskandidatinnen und -kandidaten nach der Wahl für die verfassungsgemäße Finanzierung der freien Schulträger einsetzen wollen. Die Wähler können sie dabei unterstützen.

Text: Werner Bruckner, Fotos: Kandidaten



Fragen an die Landtagskandidatinnen und -kandidaten zur Schulpolitik allgemein und zur Finanzierung der freien Schulträger	Daniel Lede Abal Bündnis/ Die Grünen	Dr. Lisa Federle CDU	Bernhard Strasdeit Die Linke	Max-Richard Freiherr von Rassler FDP	Rita Haller-Haid SPD
Steigt die Chancengerechtigkeit durch gemeinsames Lernen über das 4. Grundschuljahr hinaus?	ja	nein	ja	ja/nein	ja
Lässt sich die weitere schulische Entwicklung im 4. Grundschuljahr überhaupt voraussagen?	nein	ja	nein	ja/nein	nein
Sollten Eltern die Schulen für ihre Kinder frei aussuchen können?	ja	ja	ja	ja/nein	ja
Darf dabei der Geldbeutel der Eltern eine Rolle spielen?	nein	nein	nein	nein	nein
Laut Bruttokostenmodell (BKM) will das Land die freien Schulträger mit 80 Prozent der Kosten fördern, die staatliche Schulen für ihre Schüler brauchen. Finden Sie das richtig?	ja	ja	nein	nein	ja
Das Land zahlt selbst die versprochenen 80 Prozent nicht. Wollen Sie sich für die Umsetzung des BKM in 2011, allerspätstens jedoch in 2012, einsetzen?	ja	ja	ja	ja	ja
Sollen die Kosten für die Ganztageschulen auch in das BKM eingehen?	ja	weiß ich nicht	ja	ja	ja
Die Baukostenförderung für freie Schulträger beträgt nur 37 Prozent der Baukosten. Setzen Sie sich für eine Verbesserung dieser Situation ein?	ja	ja	ja	ja	ja
Das Budget für Sportstättenbau für alle freien Schulträger im Land beträgt insgesamt 102300 Euro im Jahr. Reicht das?	nein	nein	keine Antwort	nein	nein
Das Land beabsichtigt laut BKM freien Schulträgern nur 80 Prozent zu zahlen, obwohl die Eltern volle Steuersätze zahlen. Finden Sie das gerecht?	nein	weiß ich nicht	nein	weiß ich nicht	weiß ich nicht

Der Fragebogen hatte ursprünglich folgende drei mögliche Antworten vorgegeben: „ja“, „nein“, „weiß ich nicht“. Da sich einige Landtagskandidaten für keine der drei entscheiden konnten, hat die Redaktion auch die Antworten „keine Antwort“ und „ja/nein“ berücksichtigt.